11. Ausgabe. Nr. 358 — Sonntag, 2. August 1931

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.40 Mk. (einschließlich 30 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.40 Mk. einschließlich 54 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 20 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 36 Pfg., für auswärts 40 Pfg., Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 18 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 300 Pfg., außerhalb 350 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Die Grundzüge des Selbsthilfeprogramms

Nur vorübergehende Maßnahmen – Keine Einfuhrverbote – Lockerung der Kartellpreise – Ausgabenabbau

Als Ziel: Neue Auslandsanleihen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 1. August. Nachdem das Reichskabinett jetzt die Wiederherstellung des normalen Zahlungsverkehrs in die Wege geleitet hat, wird es sich in den nächsten Tagen ganz eingehend mit den Maßnahmen befassen, die im Rahmen einer Selbsthilfe der deutschen Wirtschaft möglich und notwendig sind. In den einzelnen Ressorts, vor allem im Reichsfinanz- und Reichswirtschaftsministerium, hat man für die Besprechungen des Kabinetts bereits einzelne Projekte ausgearbeitet, über die aber noch keine authentischen Mitteilungen gemacht werden. Es wird zunächst lediglich darauf verwiesen, daß die notwendige Selbsthilfe ohne fremde Kredite, d. h. also mit geringeren Betriebsmitteln, als sie bisher zur Verfügung standen, die Anpassung an einen niedrigeren Lebensstandard voraussetze. Man weist auch darauf hin, daß es als selbstverständlich anzusehen sei, daß eine solche Selbsthilfe nicht eine glücklichere Lösung der Wirtschaftsschwierigkeiten darstellen könne als die Heranziehung fremder Kredite. Nachdem sich aber ausländische finanzielle Hilfe zunächst nicht beschaffen ließ, könne man nichts weiter tun, als die nun erforderlichen Maßnahmen in die Wege zu leiten, wobei man sich immer vor Augen halten müsse, daß sie lediglich einen Nothbehelf und infolgedessen Mittel auf kurze Zeit, aber nicht auf die Dauer darstellten.

Der Meinung, daß es möglich sei, die deutsche Wirtschaft ganz auf sich selbst zu stellen, tritt man an den Regierungsstellen entgegen.

Man könne die deutsche Wirtschaft nicht aus der internationalen Wirtschaftsverflechtung herauslösen, ohne ihr schweren Schaden zuzufügen. Eine Isolierung des wirtschaftlichen Lebens wie in Sowjetrußland sei für Deutschland völlig undenkbar. Man weist in diesem Zusammenhang auch darauf hin, daß infolgedessen gesetzliche Verhinderungen der Einfuhr nach Deutschland nicht in Frage kommen würden, vor allem schon deshalb nicht, weil sich dann die ausländischen Staaten gegen die Aufnahme deutscher industrieller Produkte sperren und so die Beschaffung der unbedingt erforderlichen Devisen in starkem Maße verhindern könnten.

Wenn die Regierung jetzt, so erklärt man weiter, an die Aufstellung von Maßnahmen geht, die der deutschen Wirtschaft das Ueberstehen der nächsten Wochen und Monate ermöglichen sollen, so läßt sie sich auch von dem Gedanken leiten, daß ihre Maßnahmen der deutschen Wirtschaft wieder den Anschluß an den Weltmarkt ermöglichen sollen. Zunächst wird es darauf ankommen, mit dem jetzigen Kreditbestand der deutschen Wirtschaft, der durch die Stillhalteverhandlungen als gesichert angesehen werden kann, für die nächste Zeit auszukommen. Notwendig ist zu diesem Zweck für den erforderlichen Bargeldumlauf andere Voraussetzungen zu schaffen, als sie durch die Heranziehung von Devisenkrediten unter normalen Verhältnissen gegeben waren. Man weist darauf hin, daß diesem Zweck die verstärkte Ausprägung von Silbermünzen ebenso dient, wie die geplante Gewährung einiger 100 Millionen Mark Kredite der Reichsbank an die neugegründete Gemeinschaftsbank der Banken, an die Akzeptbank. Weil die Möglichkeiten der Kreditgewährung gering sind, so werden, wie man sagt,

alle unwirtschaftlichen Kredite beseitigt

werden müssen. Als solche unwirtschaftlichen Kredite seien auch solche zu betrachten, die zur Beleihung von Warenlagern dienen. Die Erhöhung der Reichsbankzinssätze auf 15 % bzw. 20 % dient bereits dem Zweck, die Lombardierung von Lägern so zu verteuern, daß ihre Abstoßung zu verbilligten Preisen eintreten muß. Man erwartet, daß sich auf dem Außenmarkt das von selbst ergeben wird, weil man hier nach neuen Auslandsmärkten suchen und auf den bisher schon bewirtschafteten Auslandsmärkten größere Mengen zu niedrigen Preisen abzusetzen versuchen muß. Was den inneren Markt betrifft, so wird man der durch die Kreditverteuerung erzwungenen Preisherabsetzung dadurch entgegenkommen, daß man die Preisbindungen der deutschen Wirtschaft, soweit sich das ohne größere Schädigungen ermöglichen läßt, lockern wird.

Es ist also damit zu rechnen, daß die Preispolitik der Kartelle und Syndikate einer Ueberprüfung durch die amtlichen Stellen unterzogen werden wird.

Geht man aber an eine Herabsetzung der von Kartellen bestimmten Preise oder gar an eine Auflösung von Kartellen und Syndikaten heran, so wird man auf der anderen Seite nicht darum herumkommen, auch die Bindungen der Lohnpolitik zu lockern. Da es sich bei diesen Dingen naturgemäß um Probleme von ernster Bedeutung handelt, die sogar, was namentlich eine Neuregelung auf dem Gebiete des staatlichen Schlichtungswesens angeht, die Front der hinter der Regierung stehenden Parteien schmälern kann, so ist zu verstehen, daß die nächsten Beratungen des Kabinetts ganz intensiver Natur sein werden. An den amtlichen Stellen bringt man jedenfalls zum Ausdruck, daß das Kabinett keinerlei überstürzte Maßnahmen vornehmen wolle, sondern erst nach eingehender Prüfung der jeweiligen Sachlage seine Entscheidung treffen werde.

Beeinflußt werden die Selbsthilfemaßnahmen des Kabinetts auch dadurch, daß die Reichseinnahmen in hohem Maße zurückgegangen sind. Es wird sich also auch eine allgemeine Einschränkung der Staatsausgaben oder, anders ausgedrückt, ihre Anpassung an die tatsächlich vorhandenen Einnahmen als notwendig erweisen. Man wird, wo es sich als erforderlich erweist, entsprechend dem Stande der eingehenden Steuern,

auch die vom Reichstag festgelegten Etatsansätze unterschreiten.

Wenn sich auch ins einzelne gehende Angaben über die weiteren Regierungspläne im Augenblick noch nicht machen lassen, so gewinnt man auf Grund dessen, was über die bereits ins Auge gefaßten Maßnahmen durchsickert, doch den Eindruck, daß es der Regierung im Prinzip darauf ankommt, die deutsche Wirtschaft auf dem durch die Kreditabzüge verringerten Kapitalniveau festzuhalten und ein weiteres Abgleiten zu verhindern. Nur dann, so erklärt man, würden die Verhandlungen sich erfolgreich gestalten können, die auf dem Wege über die internationale Zahlungsbank oder über politische Besprechungen dazu dienen sollen, neues ausländisches Kapital der deutschen Wirtschaft zuzuführen.

Ueberfall auf ein Postauto bei Dippoldiswalde

In der Dippoldiswaldaer Heide wurde am Sonnabend früh ein Postkraftwagen überfallen und beraubt. Den Räubern fielen 21 000 RM. in die Hände.

(Ausführlicher Bericht auf Seite 4.)

Luthers Diskontpolitik

Seit langer Zeit war es ein offenes Geheimnis, daß der an sich sehr hohe Reichsbankdiskontsatz von 10 Prozent bei Wiederherstellung des freien Zahlungsverkehrs eine erneute starke Steigerung erfahren werde. Sätze bis zu 20 Prozent wurden im Kreise der Bankfachleute als möglich genannt. Die Wirklichkeit ist erfreulicherweise unter diesen phantastisch anmutenden Erwartungen der Eingeweihten geblieben. Trotzdem ist der Satz von 15 Prozent enorm. Er ist höher als die Sätze, deren wir in den Anfangszeiten der Stabilisierung bedurften. Nun weiß natürlich auch die Reichsbank, daß ein Diskontsatz von dieser Höhe für die ganze deutsche Wirtschaft, die mit Krediten zu arbeiten gezwungen ist, die Schwierigkeiten bis ins Unerträgliche steigern muß. Besonders gefährlich wird sich, wie auch die Begründung hervorhebt, die Lage der Landwirtschaft gestalten. Denn sie arbeitet ja seit Jahren mit Wechselkrediten, eine Finanzierungsart, die von den amtlichen Stellen geradezu gefördert wurde. Nun steht die Ernte vor der Tür. Erfreulicherweise wird sie sehr gut ausfallen. Aber die Gefahr besteht, daß der Landwirt durch die hohe Verzinsung seiner Wechselverbindlichkeiten gezwungen ist, unter allen Umständen zu verkaufen. Schon lange vor der Kreditverteuerung hat der Verkaufszwang, unter dem die Landwirtschaft steht, zur Folge gehabt, daß die ersten dringlichen Ernteangebote die Getreidepreise so katastrophal gedrückt haben, daß man sogar auf eine Getreidenotierung vorübergehend verzichten mußte. Wenn hier nicht eine besondere Hilfe geschaffen wird, dann wird unter diesen Umständen der hohe Diskont die Landwirtschaft so gründlich um den Segen ihrer Arbeit bringen, daß man für ihre weitere Existenz das Schlimmste befürchten muß. Aehnliche Auswirkungen muß eine so überhöhte Diskontverteuerung auf alle übrigen Wirtschaftszweige haben. Wenn auch der Leiter des Instituts für Konjunkturforschung, Professor Dr. Wagemann, jüngst meinte, die Warenlager seien so weit geräumt, daß eine Erhöhung des Diskontes keine weiteren Lagerverkäufe erzwingen kann, so trifft das doch nur teilweise zu. Eine wenn auch wesentlich herabgesetzte Lagerhaltung ist für viele, ja die meisten Geschäftszweige einfach unerläßlich. Auch die bescheidenste Lagerhaltung wird aber unter den jetzigen Diskontsätzen einfach unmöglich gemacht.

Hart wird besonders der Betriebskredit betroffen. Der Fabrikant, der Waren produziert, pflegt den Einkauf der Rohstoffe mit Warenwechseln zu finanzieren, die er nach dem Verkauf der Fertigwaren einzulösen pflegt. So geschah es wenigstens in normalen Zeiten, in denen ihm außerdem noch die Möglichkeit eines einfachen Kontokorrentkredits bei den Banken zur Verfügung stand. Heute erschwert natürlich der verteuerte Kredit die Produktion ganz enorm. Wie aus dem bereits Gesagten hervorgeht, besteht nicht etwa für den Produzenten die Möglichkeit, die teuren Kredite als ein Kostenelement zu betrachten, das er durch eine entsprechende Erhöhung der Warenpreise wieder wett macht. Dieses oberflächliche Zusammentreffen von Diskontsteigerung und Warenpreissteigerung beobachten wir nur in Zeiten guter Konjunktur, in denen die Waren leicht Käufer auch zu erhöhten Preisen finden. In der ausgesprochenen Krise, in der wir uns gegenwärtig befinden, ist der Zwang, sofort zu verkaufen, gerade wegen der durch die Zinsen ins riesige gewachsenen Kostspieligkeit der Lagerhaltung so groß, daß unter allen Umständen verkauft werden muß, um die Schulden so rasch wie möglich abzudecken, weil sich sonst die an sich vorhandenen Verluste nur noch steigern müssen. Es muß also zu Preisen verkauft werden, die der Käufer, der mächtiger geworden ist als der Verkäufer, geneigt ist zu zahlen. Derjenige Produzent, der auf dem Weltmarkt konkurrieren will, kann einen Diskontsatz von 15 Prozent schon deshalb nicht in den Preis einkalkulieren, weil die gefährlichen amerikanischen Wettbewerber mit einem Diskontsatz von 1½ Prozent, Holland, die Schweiz, Frankreich mit 2 Prozent und das industriereiche Belgien mit 2½ Prozent ihm sonst haushoch überlegen wären. Sie sind ja schon durch geringere Steuer- und Soziallasten günstiger gestellt. Und auf dem Inlandsmarkt ist es infolge Verkaufszwanges nicht viel besser.

Wenn man sich diese gewiß außerordentlich ernsten Auswirkungen der scharfen Diskonterhöhung auf die Wirtschaft vergegenwärtigt, so erhebt sich spontan die Frage, warum die Reichsbank zu der Erhöhung trotzdem geschritten ist. Denn diese Wirkungen sind natürlich dem Reichsbankdirektorium gerade so gut bekannt, wie jedem in der Wirtschaft stehenden Menschen. Die Sorge vor etwaigen äußeren Gefahren für unsere Währung kann nicht maßgebend gewesen sein. Das Stillhaltekonsortium ist im wesentlichen zustandegekommen. Der Devisenbestand der Reichsbank nimmt stetig zu. Kapitalfluchtverordnung, Markausfuhrverbot, das Verbot mit ausländischen Wertpapieren zu handeln sowie die Verschärfung der Devisenzwangswirtschaft sichern die Deckungsbestände vor jedem weiteren Angriff. Aber die

Pariser Kredit für England perfekt

Ohne politische Bedingungen

Paris, 1. August. Die Beratungen des Direktors der Bank von England, Kindersley, mit dem Gouverneur der Bank von Frankreich, Moret, sind noch am Freitagabend wieder eingeleitet worden und haben nach etwa zweistündiger Dauer erfolgreich abgeschlossen werden können.

Der Inhalt des Abkommens ist noch nicht bekanntgegeben worden, da sich die Direktoren der Pariser Großbanken, die an der Aufbringung des Kredits beteiligt sind, erst am heutigen Sonnabendvormittag mit der Angelegenheit befassen und dazu Stellung nehmen sollen. Die beiden Finanzmänner haben daher auch beschlossen, sowohl die Unterzeichnung des Abkommens, wie auch die Veröffentlichung seiner Einzelheiten auf heute zu verschieben.

In gut unterrichteten Kreisen versichert man, daß der Diskontkredit, der der Bank von England zu gleichen Teilen von der Bank von Frankreich und der Federal Reserve Bank eröffnet wird, den bisher genannten Betrag, das heißt, 20 Millionen Pfund, wesentlich übersteigen soll. Der „Matin" und einige andere Blätter versichern, daß sich der Kredit auf 45 bis 50 Millionen Pfund belaufe. Man unterstreicht ferner, daß das Abkommen keinerlei politische Bedingungen enthalte, wie man dies verschiedentlich habe glauben machen wollen.

Kritik an Frankreichs Finanzpolitik

Williamstown, 1. August. Die Verhandlungen im Institute of Politics beschäftigten sich in der Hauptsache mit den Abrüstungsschwierigkeiten. Der Publizist Frank Simonds übte stellenweise sehr scharfe Kritik an der französischen Politik, die heute in erster Linie den Erfolg der Genfer Konferenz bedrohe. Frankreich benutze, so führte Simonds aus, während der letzten Monate sein Geld mit größerem Erfolg als früher seine Waffen. Seine Versuche, Deutschland finanziell niederzuzwingen, könnten Verluste an Menschenleben nach sich ziehen, wie sie auch in einem Krieg nicht größer gedacht werden könnten.